Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Laden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Sächs. Staatsbank, Dresden. Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Dresden. Gebrüder Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Störungen irgendwelcher Art, sei es durch oder ohne Einfluß höherer Gewalten, hat der Bezieher der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Bezugspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage „Leben, Wissen, Musik", zuzüglich „Volk und Zeit" monatlich 1.96 M., zuzüglich 45 Pf. Zustellgebühr. Postbezug 1.96 M. zuzügl. Post- u. Bestellungsgeb. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25281. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25281 und 12701. Geschäftszeit vom früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 30 mm breite Nonpareillezeile 35 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 250 M., für auswärtige Anzeigen 40 Pf. und 250 M. Familienanzeigen, Stellen- und Wohnungsgesuche 4 Pfg. Rabatt. Für Briefwechsel 10 Pf. Einzelnummer 10 Pf.

Nr. 180 | Dresden, Dienstag, den 5. August 1930 | 41. Jahrgang

Sächsisches Durcheinander

Die Bürgerlichen in Nöten

Es geht wüst zu beim „Zusammenschluß des Bürgertums". Die Partei des verdrehtesten Namens, den eine Partei der Aufsichtsräte und Monopoldirektoren je tragen kann — Volkspartei —, und die Partei des einstweilen geborgten Namens — Staatspartei — spielen miteinander Haschens. Die beiden Königskinder wollen zusammen gern kommen, möchten es aber auch wieder nicht. Jede will bei dem Geschäft des Zusammenschlusses den maßgebenden Einfluß behalten. So laufen sie im Kreis herum und werfen sich mit Steinen.

Wenn die Großen sich hauen, stehen die Kleinen zappelnd dabei und helfen im Kampf mit viel Radau. Wenn im Deutschen Reich Parteien Zirkus spielen, gestikulieren ihre sächsischen Sprößlinge und vollführen Vorstadtkabarett, immer peinlich auf ihre großen Vorbilder schielend. Und das Dresdner Amtsblatt wimmert über „die Grobheit des Tons" der einen und die „zweifellos auch nicht geschickte Aeußerung" der andern, um am Ende — nichts zu wissen und nichts vorschlagen zu können, was denn nun zu tun sei. Man kann sich den Amtskieker mit an den Frühstückstisch nehmen und seine tellendicke Hilfslosigkeit genießen. In dieser Situation ist er mal ausnahmsweise nicht langweilig!

*

Demokraten und Volksnationale machen fleißig in Beschlüssen für die Staatspartei. Aus Leipzig, Plauen, Dresden läßt Mahraun sich „billigen", Kastner, der Chemnitzer Eidleidige, plädierte in einem Aufruf an die demokratischen Ortsgruppen, Vertrauensmänner und Parteimitglieder der Oberlausitz, und am Sonnabend wird der Landesvorstand der Demokraten zur Gründung der Staatspartei „Stellung nehmen".

Nüttlerweile verbleut im Mitteilungsblatt des Jungdo Dr. Albrecht seinen von Koch so stark umworbenen spröden Bruder Volkspartei zugleich mit der Wirtschaftspartei nach Noten:

Die Wirtschaftspartei ebenso wie die Deutsche Volkspartei haben im stillen ihrem Schöpfer gedankt, daß durch die Ablehnung der Volksnationalen und der Demokraten die Ausführung des sächsischen Innenministeriums an den Bayern Gregor Straßer verhindert worden ist. Ja, wir gehen sogar noch weiter und erklären: Diese beiden Parteien haben sich nur deshalb mit der Kandidatur Strasser überhaupt einverstanden erklärt, weil sie fest darauf bauten, daß Volksnationale und Demokraten diesen unverantwortlichen Streich nicht mitmachen würden, vor dessen Folgen ihnen selbst heimlich grauste, zumal sie ja das warnende Beispiel Thüringens vor Augen hatten.

Das ist deutlich! Wohl bekomm's!

*

Die sächsischen Volksparteiler üben sich inzwischen in Geduld. Sie müssen abwarten, was Dr. Scholz in Berlin macht. Sie, die jahrelang gegenüber der „starken marxistischen Sozialdemokratie" ein stärkeres „einiges Bürgertum" gefordert haben, stellen jetzt im Dresdner Anzeiger philosophische Betrachtungen darüber an, daß Einigkeit unter Umständen eben doch keine Einigkeit sei. Der Einbruch der Nazis zwingt sie zur Verbreiterung ihrer Grundlage. Darum ein werbender Blick nach rechts. Die Staatspartei, so sagt Dr. Hickmann, „Führer der Reichsgemeinschaft junger Volksparteiler", sei politisch durchaus anders zu werten als etwa die Neugründung der Konservativen Partei, die organisch geworden sei und eine notwendige Funktion innerhalb der gesamtdeutschen Innenpolitik ausüben werde. Er versichert gleichzeitig, daß seine jungen Volksparteiler treu und fest zur schwankenden Stange der Partei halten.

Na also, wer die Jugend hat ...

*

Auch bei den Deutschnationalen gibt es schweren Krach. Der bisherige stellvertretende Vorsitzende des Landesverbandes Ostsachsen der Deutschnationalen Volkspartei, General Freiherr von Maltzahn, hat die Leitung eines Aktionsausschusses zur Gründung der Ortsgruppe Dresden der Konservativen Volkspartei übernommen. Der Konservativen Volkspartei ist inzwischen auch der frühere Justizminister Dr. von Fumetti, ehemals Führer der Aufwertler, beigetreten. Außerdem hat der unter Führung des Reichstagsabgeordneten Hartmann stehende Landesverband Sachsen des „Deutschnationalen Arbeiterbundes" beschlossen, aus der Deutschnationalen Volkspartei auszuscheiden und sich der Konservativen Volkspartei anzuschließen. Im Zusammenhang damit hat der Verband seinen Namen in „Deutscher Arbeiterbund", Landesverband Sachsen, Sitz Dresden, umgewandelt.

All das finden die Deutschnationalen jedoch als keine „nennenswerten Absplitterungen". Man kann niemand zwingen, Essig für sauer zu halten! Dr. Bang soll ihre Listen in allen drei sächsischen Kreisen führen.

In schweren Nöten ist das „Landvolk". Wo soll es hin. Zu Hugenberg, zu den Konservativen. Es hilft sich vorläufig aus der Klemme, indem es sich bekennt „zu dem Führerwillen des Herrn Reichspräsidenten"! Glücklicher Gedanke! Wie lange wird er ausreichen?

*

Die Wirtschaftspartei laviert zwischen „internationalem Marxismus" und „internationalem Großkapital". Sie wendet sich natürlich an den sogenannten „Mittelstand" und streicht ihren Erfolg der Konsumvereinssteuer natürlich stark heraus.

*

Und die Nazis? In ihre vollen Töne mischen sich Mollakkorde seit Straßer-Otto seinen eigenen Laden aufmachte. Nun passiert ihnen, den Marxistentötern, auch noch das Unglück, daß sie vom Jungdo als eine

„gefährliche, im Grunde doch marxistische Sippe"

bezeichnet werden.

Werden sie das verwinden?

*

Wir haben in Sachsen keine bürgerliche Partei, die nicht zwischen zwei Stühlen säße! — Behalten Sie Platz, meine Herren!

Das neue Milchgesetz

H. F. In einer der letzten Sitzungen hat der Reichstag ein Milchgesetz verabschiedet, das volkswirtschaftlich bedeutungsvoll ist. Gefordert wurde ein derartiges Reichsgesetz schon lange. Nicht zuletzt, damit in die ganze Regelung, die bisher recht buntscheckig auf landesgesetzlichen und behördlichen Verordnungen beruhte, mehr Einheitlichkeit kommt. Hauptsächlich soll durch das Gesetz aber dem Verbraucher eine hygienisch einwandfreie Milch sichergestellt werden. Nach dem ersten Abschnitt werden deshalb gewisse Anforderungen an den Gesundheitszustand der Kühe gestellt. Es werden ferner Vorschriften gemacht über die Bearbeitung und die Behandlung der Milch und über Personen, die damit und mit den Melkkühen umzugehen haben. Eine sehr wichtige Neuerung ist die Konzessionierung des Milchhandels, die für Durchführung des Gesetzes notwendig ist. Die Erlaubnis darf nur erteilt werden, wenn der Unternehmer die erforderliche Zuverlässigkeit besitzt. Von den Personen, die für den Betrieb verantwortlich sind, wird die nötige Sachkunde verlangt. Es müssen die entsprechenden Räume, Einrichtungen und Gegenstände vorhanden sein.

Die durch das Gesetz beabsichtigte Verbesserung der deutschen Milchproduktion ist auch aus Gründen der Konkurrenzfähigkeit nötig. Die Ausfuhrländer liefern nur erstklassige, hochwertige Milch, ein Vorgang, wie er ähnlich bei der Butter zu verzeichnen ist. Die deutsche Milchwirtschaft muß Spitzenleistungen erzielen, wenn sie mit ausländischer, nach Deutschland gebrachter Milch in Wettbewerb treten und bestehen will. Der ganze Verkehr mit Milch und ihre Erzeugung sollen scharf auf Einhaltung der geschaffenen Vorschriften überwacht werden. In den Handel darf nur Milch von ganz gesunden Kühen gebracht werden, die eine Uebertragung von Krankheiten auf Menschen sicher ausschließen. Wichtige Fälle dieser Art sind im Gesetz selbst genau bezeichnet. Es liegt auch im Interesse der Landwirtschaft selbst. Werden doch allein die Verluste, die durch Mengenminderung an Milch von kranken Tieren entstehen, jährlich auf 400 bis 500 Millionen Mark geschätzt! — Die neue eingeführte Genehmigungspflicht des Milchhandels ist zwar ein Eingriff in die Gewerbefreiheit, der jedoch nicht nur als zulässig, sondern für diesen Fall nach den vorliegenden Erfahrungen als durchaus notwendig anerkannt werden muß. Wenn bedacht wird, daß Milch das wichtigste Nahrungsmittel für Kinder ist, dann kann nicht genug getan werden an hygienischer Fürsorge.

Im Gesetz wird zunächst nur der Verkehr mit Kuhmilch geregelt. Die Ausdehnung der Vorschriften auf Milch anderer Tierarten ist jedoch bei nachträglich sich herausstellendem Bedürfnis durch Ausführungsverordnung möglich. Wie überhaupt weiter Spielraum für Ausgestaltung in dieser Form gegeben ist. Für sogenannte Markenmilch soll durch Einteilung in Güteklassen ein gesetzlicher Standard geschaffen werden, eine der wichtigsten Bestimmungen des Gesetzes. Näheres darüber wird in der Ausführungsverordnung festgelegt. Insofern handelt es sich um eine Ergänzung des § 5 des Lebensmittelgesetzes. Die Markenmilch soll sich von ge-

Verfehltes Experiment

Die Splitter der Demokraten — Offiziere ohne Soldaten

Alles schon dagewesen!

Wie gemeldet, ist am Sonntag in Nürnberg eine „Vereinigung unabhängiger Demokraten" gebildet worden. Sie tritt mit einem Aufruf an die Oeffentlichkeit, der u. a. von Professor Quidde, Helmut von Gerlach, Professor Kantorowicz, Kiel, dem früheren freisinnigen Abgeordneten Dr. Leonhard, Kiel, und dem badischen Demokraten Rechtsanwalt Martin Beneke, Konstanz, unterschrieben ist.

Es haben sich da einige auf dem linken Flügel der bisherigen Demokratischen Partei stehende Leute gesammelt, die den Sprung zur Deutschen Staatspartei nicht mitmachen wollen, weil sie von der Schwarmgeisterei des romantisch deutschtümelnden Jungdeutschen Ordens nichts Gutes erwarten. Sie haben mit ihrer Kritik an dem neuen Gebilde zweifellos recht, und wenn sie die republikanische Gesinnung des Jungdo bezweifeln und auf den erst vor wenigen Monaten wieder ausdrücklich bekundeten Antisemitismus des Herrn Mahraun ebenso wie auf seinen neuerlichen Vorstoß gegen den Pazifismus hinweisen, so lassen sich ihre Bedenken gegen die sonderbare Verbrüderung durchaus verstehen.

Aber ist es nun wirklich notwendig gewesen, eine neue Organisation ins Leben zu rufen. Vor mehr als zwanzig Jahren entstand unter Führung von Breitscheid und dem verstorbenen Theodor Barth schon einmal eine Demokratische Vereinigung. Auch sie wollte Hüterin demokratischer Ideen sein, nachdem die damalige Fortschrittliche Volkspartei unter dem Segen des Reichskanzlers Bülow die Ehe mit den Konservativen eingegangen war. Sie trieb eine recht lebhafte Agitation, sie sammelte auch einige tausend Mitglieder, allein nach ein paar Jahren war ihr Dasein beendet und sehr viele von denen, die ihr anhingen, traten zur Sozialdemokratie über. Der Versuch, einen lebenskräftigen Körper zu schaffen, der seinen Platz zwischen dem mehr oder weniger entschiedenen Liberalismus und der Sozialdemokratie hätte finden können, war gescheitert.

Muß dieses Experiment nun noch einmal wiederholt werden? Vor zwei Jahrzehnten war es nicht einmal so sinnlos wie jetzt, denn zu jener Zeit war die Bildung eines neuen Parteisplitters ohne große politische Bedeutung. Im Obrigkeitsstaat hatten die Parteien ohnehin so gut wie nichts zu sagen. Heute aber kommt es darauf an, daß große und starke Organisationen als Träger des politischen Machtwillens auftreten, und die „unabhängigen" Demokraten werden selber im Ernst nicht damit rechnen, daß sie mehr werden können als ein politischer Diskussionsklub, in dem man gelegentlich gute Worte spricht, der aber keinerlei praktischen Einfluß zu gewinnen vermag. Heute ein neues Grüppchen ins Leben rufen, heißt nicht nur ein überflüssiges Luxusbedürfnis befriedigen, sondern heißt das Arbeiten des politischen und parlamentarischen Apparats noch weiter erschweren.

Man sehe sich doch den Aufruf der neuen Vereinigung an! Die Forderungen, die er aufstellt, werden von der Sozialdemokratie vertreten, wie denn die Sozialdemokratie überhaupt nicht erst seit heute und gestern die Aufgaben übernommen hat, die sich vordem eine entschiedene bürgerliche Demokratie stellte. Allerdings geht die Sozialdemokratie weiter. Sie steht als Partei des arbeitenden Volkes für den Sozialismus gegen den Kapitalismus, und das ist eine Hürde, vor der auch die „unabhängigen" Demokraten noch scheuen. Sie begreifen oder wollen nicht begreifen, daß nur das arbeitende Volk wirklicher Träger der demokratischen Ideale sein kann, und daß allein der Sozialismus den Anspruch der Massen auf Persönlichkeitsrechte gewährleistet. Ehrlichen und konsequenten Demokraten bleibt nichts anderes übrig als der Weg zur Sozialdemokratie und sie sollten ihn gehen, ohne vorher noch einmal bei einer kleinen und unbeachtlichen Station haltzumachen.

Ein konsequenter Demokrat

D. **Berlin**, 5. August. (Eig. Funkspruch.) Der bisherige demokratische Abgeordnete des Preußischen Landtags, Rave, der dem Verband der Preußischen Polizeibeamten angehört, ist zur Sozialdemokratischen Partei übergetreten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19300805/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG